

Die Bleiberger Bergwerks Union und Bleiberg im Spannungsfeld der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung¹

Thomas Zeloth, Klagenfurt

Die Bleiberger Bergwerks Union (BBU) war lange Zeit eines der größten Unternehmen und letzter Träger der Montangeschichte in Kärnten. Bergbau und Unternehmen bildeten lange Zeit im Bleiberger Tal eine singuläre Standorteinheit mit wechselseitiger Abhängigkeit. Unternehmensgeschichte ist in diesem Fall auch Wirtschafts- und Sozialgeschichte, die die Umwelt mit einschließt. Die BBU entwickelte sich ab den 1890er Jahren parallel an zwei Standorten in Bleiberg und in Arnoldstein und griff mit den Bergbauaktivitäten im 20. Jahrhundert über das Land Kärnten hinaus. Hier sollen in erster Linie die Geschichte der BBU in Bleiberg und die Verbindungen zum Bleiberger Tal beschrieben werden.

1. Naturräumliche Voraussetzungen

Zuerst sollte man auf das, was man als „naturräumliche“ Voraussetzungen bezeichnen kann, eingehen. Gleichzeitig ist das quasi der Prolog, d. h. die Entwicklung bis zur Gründung der BBU. Im Normalfall – d. h. ohne Bergbau – wäre das Bleiberger Tal eines jener inneralpinen Hochtäler, das vornehmlich durch bäuerliche Weidewirtschaft oder Forstwirtschaft geprägt wäre. Als Dauersiedlungsraum könnten hier vielleicht ein, zwei Ortschaften mit bäuerlich-dörflichem Charakter entstanden sein, wahrscheinlich durch Gailtaler Bauern, die auf der Suche nach ökonomischer und vielleicht auch persönlicher

Freiheit als Rodungsbauern ins Tal gekommen wären. Soviel zum „was wäre wenn“. Nun war aber das Bleiberger Tal aufgrund des Bergbaus eines der am dichtesten besiedelten im ganzen Ostalpenraum in dieser Höhe. Bis zu 5.000 Menschen lebten hier, obwohl das Tal selbst seine Menschen nicht ernähren konnte, und sich die Bauern zu Anfang des 17. Jahrhunderts beklagten, dass es „ein grobes, wildes, unfruchtbares Thal“ sei und dass „sich ohne das Bergwerk dahier kein Bauersmann aufhalten kann“ (Abb. 1) (2).

Der Bergsegen war also entscheidend für das weitere Schicksal der Landschaft. Ursprünglich wurde die Versorgung durch die Knappen selbst, durch selbstbewusste Unternehmerarbeiter, wie man sie bezeichnen könnte, sichergestellt. Die Veränderung der Arbeitszeit – vor allem die Reduktion der freien Tage und die Erhöhung der täglichen Arbeitszeit – und die Veränderung der sozialen Situation der Knappen und Kleingewerken insgesamt – aus Unternehmensarbeitern wurden lohnabhängige Arbeiter – machte die Selbstversorgung, auch auf den kleinen selbstbewirtschafteten Grundflächen, immer unmöglicher. Der sogenannte „Pfennwerthandel“, d. h. der Verkauf von Lebensmitteln durch die Gewerkschaften, war zum einträglichen Geschäft für die größeren Gewerkschaften geworden. Die Knappen wurden zwar noch in Geld entlohnt, konnten sich aber ihre Lebensmittel nur bei der Gewerkschaft kaufen (Abb. 2).



Abb. 1: Joseph Wagner, Bleiberg. Handkolorierte Lithographie (aus: Joseph Wagner, Ansichten aus Kärnten, Klagenfurt 1844).

Es entstand ein spezifisches Sozialsystem, das als Symbiose bezeichnet werden kann. Eine Symbiose ist das Zusammenleben von zwei oder mehreren artverschiedenen Organismen zum beiderseitigen Vorteil. Zwar muss man bei der Übertragung von Begriffen aus der Biologie in die Geschichte vorsichtig sein, aber man kann es zumindest als *lockere Symbiose* bezeichnen, d. h. es gab für beide Teile – Unternehmen und Talschaft – eine vorteilhafte oder manchmal weniger vorteilhafte, jedenfalls eine Partnerschaft. Mit dem Entstehen der Bleiberger Bergwerks Union kann auch der in der Fachliteratur gebräuchliche Begriff „one factory village“ oder „Unternehmen auf der grünen Wiese“ verwendet werden.

Natürlich spielte, was man auf den ersten Blick nicht vermuten würde, auch

die geologische Situation eine Rolle für das Sozialsystem in Bleiberg. Das Bleierz, und bis ins 20. Jahrhundert war dieses und nicht das Zinkerz der wichtigste Schatz der Berge, tritt in schlauch- oder gangförmigen Lagern auf. Erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde ein anderer Vererzungstyp als abbauwürdig angesehen. Dessen „Linsen“ machten großtechnische Einsätze möglich, wobei die Hältigkeit gegenüber früher niedriger war. Der gesamte Bereich ist einer intensiven Tektonik unterworfen. Störungen streichen das Gebirge und verursachen bergbauliche Probleme, wie so genannte Gebirgsschläge oder Wassereintrübe, und sorgen ab einer gewissen Tiefe für die schwierige Wasserhaltung, früher das größte Problem des Bergbaus (Abb. 3).



Abb. 2: Herrenarbeiter (eigentlich Lehenhäuer) holen sich ihren Lohn (KLA, Geschichtsverein, Handschrift 8/10).

Wer einmal einen Erzkörper aufgefunden hatte, konnte sich nicht darauf verlassen, dass dies lange so blieb. Der Bergsegen konnte ebenso schnell wieder versiegen, wie er gekommen war, oder der Metallgehalt nahm ab. Aber es gab eine Vielfalt und Vielzahl von Erzkörpern. So lassen sich die lange Dauer des Abbaus und die große Zahl der schürfenden Gewerke erklären, die auf „Wagnis und Glück“ in den Berg gruben. Viele glaubten, eine reelle Chance auf Reichtum zu haben. In Wirklichkeit

ließen die Erträge des Bergbaus die meisten Menschen viele Jahre nur schlecht und recht leben, aber immerhin hatten viele ein festes Einkommen, und jene, die keinen Erfolg hatten, verließen den Bergbau wieder. Länger hielt sich nur, wer Teil eines Clans war. Daher waren die Gewerkschaften lange Zeit keine Kapitalgesellschaften, sondern es wurde eine fast archaische Form der Versipung betrieben. In der Zeit des „Family business“ am Ende des 18. und am Beginn des 19. Jahrhunderts kam

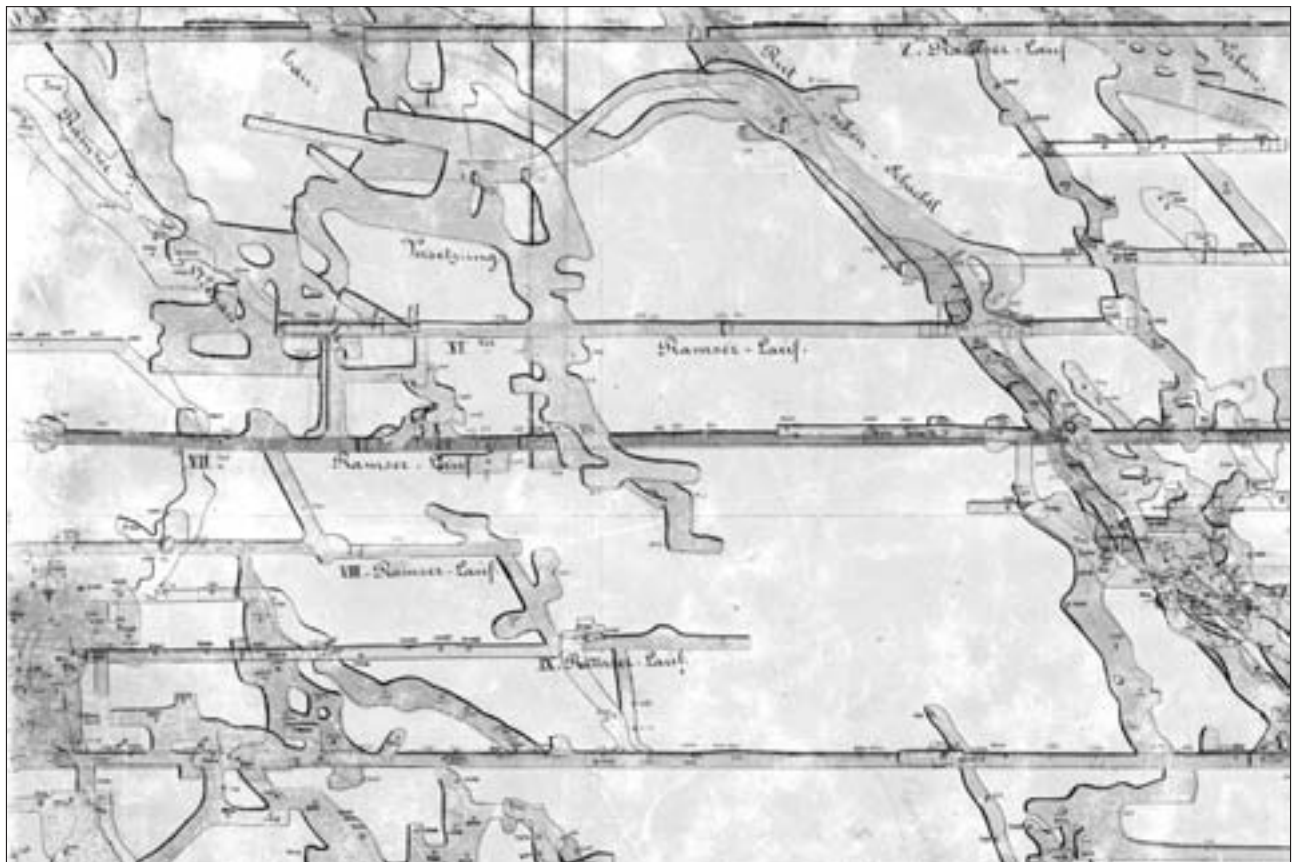


Abb. 3: Grubenkarte Kreuth. Ende des 19. Jahrhunderts begonnen, mit Nachträgen bis in die 1960er Jahre (KLA, BBU, Kartenarchiv).

es zur Kapitalkonzentration. Und diese Kapitalkonzentration war die Voraussetzung für die Gründung der Bleiberger Bergwerks Union, wobei diese Konzentration lange durch die Rivalitäten der einzelnen Gewerke verhindert wurde.

2. Im Gründungsfieber – die Errichtung der BBU als Aktiengesellschaft

Die Gründung der Bleiberger Bergwerks Union im Jahr 1867 ist auf die Initiative der großen Gewerkschaften in Bleiberg – Mühlbacher, Holenia, Sorgo (früher Perscha) und Egger (der die Konkursmasse der Gewerkschaft Jakomini übernommen hatte) – zurückgegangen (Abb. 4). Als einziges größeres Unternehmen trat die Gewerkschaft Wodley der BBU nicht bei. Ziel war es, die vielen Kleinunternehmer aus dem Bergbau zu verdrängen. Sie waren zwar ökonomisch unbedeutend, aber sie hielten nach wie vor Bergwerksanteile und behinderten so den Betrieb der Gruben. Durch Teilung – z. B. im Erbwege – waren mit der Zeit Tausendstelanteile entstanden und selbst an einer kleinen Keusche im Wert von 350 Gulden waren mehrere Gewerke mit Anteilen von z. B. 39/192 beteiligt. Zwar bestimmte die „Majorität“ der Anteile, was in einem Stollen zu tun sei, aber die Verwaltung des Besitzes war extrem umständlich und verschlang mehr Zeit als die eigentliche Geschäftstätigkeit.

Seit vierzig Jahren, seit den Vorschlägen des staatlichen Bergverwalters Leopold Prettnner zur Gründung einer Hauptunion im Jahr 1821, wurde darüber diskutiert, meist aber nur gestritten. Erst die schwierige ökonomische Situation – Preiseinbrüche am Markt, steigende Kosten der Wasserhaltung im Bergbau – führten zum Umdenken. Die BBU war aus der Not der Zeit entstanden. Die alte Organisationsform in Einzelgewerkschaften war zum Untergang bestimmt und nur noch ein frühindustrielles Restelement, das sich aufgrund der Einzigartigkeit der Bleiberger Lagerstätte bis ins Zeitalter des Wirtschaftsliberalismus gerettet hatte. In der wirtschaftlich fiebrigen Zeit nach dem verlorenen Krieg von 1866 gegen Preußen, der vorläufigen Lösung der deutschen Frage zugunsten einer kleindeutschen Lösung und zu Ungunsten Österreichs sowie dem Ausgleich mit Ungarn 1867 wurde die Gründung von Aktiengesellschaften forciert. Die meisten Gründungen betrafen die Banken, Industriebetriebe und die Bauwirtschaft. 23 Bergbau-Aktiengesellschaften wurden in Österreich zwischen 1867 und 1872 konzessioniert, wovon 18 ihre Arbeit aufnahmen, darunter die BBU und die Hüttenberger Eisenwerks-Gesellschaft (3). Zum Gründungsfieber kam die politische Überzeugung, dass „die Verwaltung der Industriegüter nicht Sache des Staates“ sei, wie sich Finanzminister Brestel 1867 im Reichsrat ausdrückte (4). Es war aber auch die Zeit des prolongierten Geldmangels des österreichischen Staates. Damit war der Weg frei für den Verkauf des nicht unbedeutenden Anteils des Staates am Bleiberger Bergbau, der sich letztlich als „Schnäppchen“ entpuppte. Zum erstenmal in der Geschichte des Bleiberger Bergbaus spielte die staatliche –

oder besser: behördliche – Bevormundung, aber auch die direkte Förderung keine Rolle mehr. Nun lag es an der BBU selbst, die Bedingungen so zu instrumentalisieren, dass sie für sie am besten waren, was in der Festlegung von Zolsschranken und Stützungsaktionen immer wieder gelang.



Abb. 4: Seite 1 der Beilage zum Gründungsvertrag der BBU – Schätzung des Besitzes der einzelnen Gewerke (KLA, BBU).

3. Konzentration und Modernisierung

Vor zwei großen Aufgaben stand die BBU nach ihrer Gründung:

1. Die Zusammenfassung des Bergbaubesitzes, wobei man sich im Laufe der Zeit dazu entschloss, die gesamte Kärntner Bleiproduktion in die Hand zu bekommen. 1902 war dieser Prozess mit dem Erwerb der Gewerkschaft Wodley für Bleiberg abgeschlossen. Gekauft wurden auch Bergbauanteile im damals noch kärntnerischen Mießtal, die sich als Perle im Besitz der BBU erweisen sollten. 1893 wurde man dort durch den Erwerb des Besitzes von Viktor Rainer von Harbach Alleinbetreiber. Dazu kamen Bergbauanteile auf der Petzen, am Rischberg, bei Feistritz und Eisenkappel-Obir, die Fabrikbetriebe in Saag (Abb. 5) und in Klagenfurt sowie der Schroturm in Gurllitsch.

1899 erwarb man die weltberühmte Bleiweißerzeugung der Firma Herbert mit Fabriken in Klagenfurt



Abb. 5: Die Miniumfabrik von V. Rainer in Saag, spätes 19. Jahrhundert.

und in Wolfsberg. Aus der BBU wurde in den ersten 30 Jahren ihrer Existenz nicht nur ein moderner Bergbaubetrieb, sondern auch eine Betreiberin von Hütten und Fabriken. Dazu entstand in den 1880er Jahren unmittelbar in der Nähe von Arnoldstein in Gailitz ein Werksgelände. Die Initiative zu diesem Schritt, den Bergbau durch eine nachgelagerte Weiterverarbeitung vom Weltmarkt unabhängiger zu machen, stammte vom ersten Generaldirektor der BBU, Hermann Hinterhuber. Ihn zum Generaldirektor zu machen, war eine für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg untypische Haltung der Eigentümer, denn die BBU war eine „Gewerken AG“, d. h. die früheren Gewerken führten das Unternehmen wie ein Einzelunternehmen. Ein zentrales Management, das nicht tief in die einzelnen Geschäftsbereiche eindringt, dem aber die Letztentscheidung vorbehalten bleibt, konnte sich nicht durchsetzen.

- Die zweite große Aufgabe war die Vereinheitlichung und die Modernisierung des Bergbaus. Dabei wurden nicht rentable, abseitige Grubenfelder aufgelassen, andere zusammengelegt, Stollen durchgehend befahrbar gemacht und die Förderung auf wenige Schächte

konzentriert. Ein wesentliches Problem im Bleiberger Bergbau war die Energiefrage. Es war nämlich auch der Mangel an Energie – neben dem Mangel an Kapital –, der den Bleiberger Bergbau Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts nicht entscheidend vorwärts brachte. Der erste Schritt zur Lösung war die Fassung der Nötschquelle und Nutzung als Energiequelle zum Betrieb der Wassersäulenmaschinen im Jahr 1870. Im Weiteren sah der erste Betriebsplan den beschleunigten Vortrieb des Kaiser-Leopold-Erbstollens vor, damit die Wasserhaltung gelöst werden konnte, ein Projekt, das die Einzelgewerkschaften so lange verzögert hatten.

1878, fast 90 Jahre nach seinem Anschlag, trieb man den Kaiser-Leopold-Erbstollen bis in die Grube Friedrich-Romuald („Romualdgesenke“) vor. Die BBU hatte nun allein in zehn Jahren ihres Bestandes ein Viertel (1.080 Meter) der Gesamtlänge des Stollens (4.864 Meter) vorangetrieben.

Unter der Führung der BBU nahm die Produktion deutlich zu (siehe Grafik).

4. Pionierleistungen

Aber diese Maßnahmen konnten nur eine Zeit lang den Energiemangel überbrücken. Es brauchte eine neue Energiequelle, und diese war die elektrische Energie. Der Pionier des Einsatzes von elektrischer Energie im Bleiberger Bergbau war Bergdirektor Ing. Edmund Makuc (Abb. 6), Werksleiter von 1872 bis 1894.

Er wollte bereits 1882 die noch junge und nicht ausgereifte Technologie der Stromübertragung über lange Distanzen in Bleiberg einsetzen. Allerdings scheiterte er an den technischen Schwierigkeiten. Es blieb seinem Nachfolger als Werksleiter, Ing. Otto Neuburger, vorbehalten, den elektrischen Strom großflächig einzusetzen.

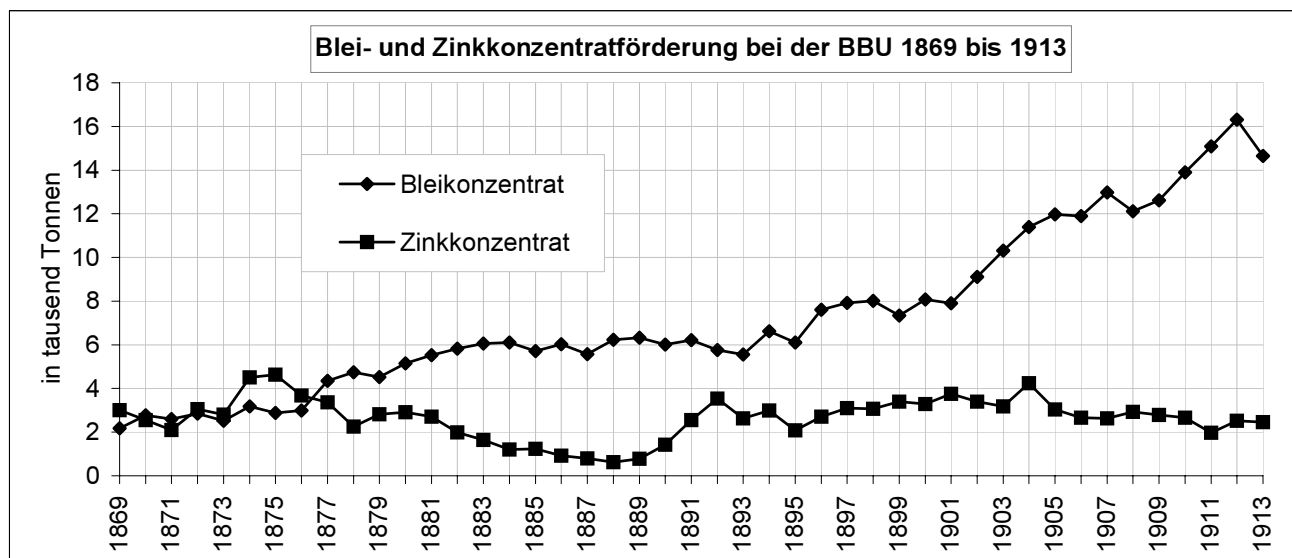




Abb. 6: Bergdirektor Ing. Edmund Makuc (Werksleiter 1872–1894) (KLA, BBU).

Zuerst betrieb man ab 1890 ein paar Glühlampen, dann die erste elektrische Grubenbahn in der österreichisch-ungarischen Monarchie – die erst zweite weltweit! Erst als man seit 1896 über das Kraftwerk im „Rothen Graben“ am Nötschbach (**Abb. 7** und **8**) verfügte – es war das zweite, und das erste wirklich leistungsfähige in Kärnten – und Strom mit hoher Spannung über längere Distanzen übertrug, wurde die Wasserhaltung auf elektrische Energie umgestellt und dieses Problem endgültig gelöst.



Abb. 7: Primärstation im Rothen Graben, ca. 1895 (KLA, BBU).

Otto Neuburger (**Abb. 9**) sollte für kommende Generationen der Prototyp des Bleiberger Bergwerksingenieurs sein. Der in Württemberg/Deutschland als Sohn eines Brauereibesitzers geborene Neuburger studierte an der königlichen Bergakademie in Freiberg/Sachsen Markscheiderei und Bergingenieurswesen und trat 1888 in den Dienst der BBU. Nach sechs Jahren als Werksassistent wurde er 1894, 32-jährig, zum Werksdirektor in Bleiberg ernannt. 1902 kam er in den Vorstand der BBU als technischer Oberleiter sämtlicher Werke. Zwischen 1917 und 1920 leitete er auch den kommerziellen und finanziellen Bereich des gesamten Unternehmens. 1925 legte er sein Amt nieder. Er starb 1929 (5). Neuburger war die Verkörperung des an praktischen Problemen interessierten, planenden und mit enormem technischem Wissen ausgestatteten Bergmannes. Er selbst beteiligte sich noch als Werksdirektor unmittelbar an der Lösung von kleinsten Problemen. Die mit ihm arbeitenden Techniker waren generell flexible, universalgebildete Personen, und die Eigenschaften Neuburgers – Tatkraft, praktische Erfahrung, Improvisationstalent, die Ausnutzung der werkseigenen Ressourcen – charakterisierten diese Persönlichkeiten. Für die Ingenieure gab es kein Problem, das nicht gelöst werden konnte. Daher spielten die Techniker die entscheidende Rolle als Scharnier zwischen der Praxis und der Unternehmensführung. Sie sammelten die täglichen Ergebnisse der Betriebsführung und kanalisiert den Innovationsprozess, der selten von oben nach unten, sondern meist von unten nach oben, d. h. von der Anwendung zur Planung, ging. Anwendung, Planung und Praxistest bildeten so einen Kreislauf der schrittweisen Innovation. So entstanden für die Gegebenheiten in Bleiberg spezifische Vorrichtungen.

Eine weitere Pionierleistung war das „Jahrhundertprojekt“ Franz-Josef-Stollen, also die Unterfahrung eines Großteils des Bleiberger Reviers. Nicht nur weil damit die Wasserhaltung für einige Jahrzehnte gelöst war, sondern auch weil dabei eine weitere Innovation, das maschinelle Bohren, erprobt und großtechnisch eingesetzt werden konnte (**Abb. 10**). Mit dem maschinellen Bohren wurden früher kaum denkbare Vortriebsleistungen von fast 2.000 Meter im Jahr erreicht. Außerdem lieferte das abfließende Wasser die Basis für die Stromerzeugung in einem weiteren BBU-Kraftwerk in Töplitzsch.



Abb. 8: Turbinenraum des Kraftwerkes Rother Graben, ca. 1895 (KLA, BBU).



Abb. 9: Oberbergdirektor Bergrat Ing. Otto Neuburger (Werksdirektor und Vorstand 1894–1926) (KLA, BBU).



Abb. 10: Die Soleonid-Bohrmaschine, um 1895 (KLA, BBU).

5. Konservierte Strukturen

So sehr sich das Unternehmen verändert hatte, umso weniger schien sich im Leben der Talbewohner zu ereignen. Nur im Verhältnis zum Unternehmen brachte das Entstehen der BBU einen grundsätzlichen Wechsel. Statt vielen stand der Arbeiterschaft nun ein einziges Unternehmen gegenüber. Das hatte den Vorteil, dass

man sich nicht mehr bei mehreren Arbeitgebern um Lohn anstellen musste und auf das Verteilen der Erze vertröstet wurde. Bald erkannten die Arbeiter die Möglichkeiten, die für eine vereinte Arbeiterschaft bestanden, z. B. als 1873 höhere Löhne durchgesetzt wurden. Allerdings standen ihnen auch nicht mehr viele Gewerken gegenüber, sondern eine mächtige Aktiengesellschaft. Es bildete sich eine fragile Balance zwischen Unternehmen und Bewohner, die im Wesentlichen bis 1918 beständig war und nur in wenigen Momenten – etwa beim Generalstreik im Jahr 1890 – gestört wurde.

Hauptgrund für diese Balance zwischen Arbeiterschaft und Unternehmen war die Abwanderung. Die BBU musste dafür sorgen, dass eine genügend große Zahl von qualifizierten Arbeitern vorhanden war, gleichzeitig war für sie wichtig, dass ein gewisser Überhang bei den Arbeitskräften existierte, weil damit der Druck auf die Löhne geringer war. Nach 1848 kam auch in Österreich das in Gang, was mit „Landflucht“ nur unzureichend beschrieben ist. Es handelte sich dabei um die Abwanderung der Landbevölkerung in die Städte und Industrieregionen, die meist von einem sozialen Wandel begleitet war. Um diese Regionen bildete sich in einer zweiten Phase mit dem Ausbau der Infrastruktur ein sog. „Speckgürtel“. In Bleiberg allerdings stagnierte die Bevölkerung vorerst und ging danach zurück. 1849 hatte die Gemeinde 4.239 Einwohner, 1860 4.160, 1880 3.848 und 1910 nur noch 3.367 (6). Das war in erster Linie eine Folge der Abwanderung. Zwischen 1869 und 1910 verließ ungefähr ein Viertel der Bevölkerung das Tal. Das hing mit dem Beschäftigungssystem zusammen. In den ersten Jahren nach der Gründung der BBU saugte die Gesellschaft fast das gesamte Arbeitskräftepotential der Umgebung auf. Ab 1880 trat eine Sättigung ein und als es durch die Rationalisierung und Technisierung zu immer weniger Neuaufnahmen kam, entwickelten sich Personalstand und Bevölkerungszahl umgekehrt proportional. Die Zahl der Beschäftigten wurde geringer, und die Abwanderungsrate stieg (Tabelle 1).

Tabelle 1: Abwanderungsraten in Bleiberg von 1860 bis 1910

Jahr	Bevölkerung	Periode	Rate
1849	4.160	1849–1860	-1,9
1869	4.061	1860–1869	-2,4
1880	3.848	1869–1880	-5,5
1890	3.605	1880–1890	-6,7
1900	3.435	1890–1900	-4,9
1910	3.367	1900–1910	-2,0
		1849–1910	-25,9

Quelle: wie Fußnote 6; Abwanderungsraten in % der Bevölkerung der vorhergehenden Periode



Abb. 11: Bergmänner vor der Einfahrt, um 1890 (Sammlung Stupnik).

Das in Jahrhunderten gewachsene Modell der geschlossenen Bergbausiedlung war auch noch Ende des 19. Jahrhunderts intakt. 1870 wurden 1.277 Familienmitglieder von 1.329 Arbeitern versorgt. Das zeigt die enge Verbindung der Arbeiterschaft und der gesamten Talbevölkerung mit dem Bergwerk. Die BBU holte sich ihren Nachwuchs aus der unmittelbaren Umgebung, wo in der aufrechten Generationenfolge die Söhne in die Tätigkeit der Väter eintraten und die Töchter mit den Müttern bei der Aufbereitung mitarbeiteten. Noch 1869 waren im Bergbau 120 Kinder beschäftigt, nach dem Verbot der Kinderarbeit traten die Jugendlichen mit 14 Jahren ins Unternehmen ein. Und dieses Beschäftigungssystem wollte man auch so erhalten. Nach 1870 hatte die BBU nicht nur durch den Bau von Arbeiterhäusern versucht, die Migration zu kontrollieren, sondern ging vermehrt dazu über, den Menschen durch Verpachtung oder Verkauf kleiner Grundstücke oder nicht mehr genutzter Häuser eine Lebensbasis zu schaffen, um eine Abwanderung zu verhindern. Im Jahr 1894 lebten 168 Familien, 102 davon in Kreuth, 23 in Bleiberg-Nötsch, 23 in Bleiberg, 18 in Kadutschen und zwei in Heiligengeist, in einer von der BBU gepachteten Wohnung. Dabei handelte es sich meist um alte Hütten (Schmelzanlagen), Schachthäuser und andere nicht mehr genutzte Realitäten. Bei 110 von den 168 Wohnungen wurde zusätzlich ein kleines Grundstück gepachtet, ein Hinweis auf die Selbstversorgung der Bergleute (**Abb. 11** und **12**) (7).

Hinter dieser Wohnraumbeschaffung standen betriebliche Gründe, nicht zu

vergessen die zusätzliche Einnahmequelle für die Union (Jahrespachten über 2.300 Gulden), aber auch der Versuch, die politischen über die sozialen Verhältnisse in Bleiberg zu konservieren. Man ging davon aus, dass Arbeiter, die verheiratet waren und sich häuslich niedergelassen hatten, politisch weniger radikal seien. Das Konzept von Verwaltungsrat Mühlbacher für den Bau von weiteren Wohnungen sprach dies deutlich aus: „Gegen die Agitation der Socialisten gibt es nur einen verlässlichen Schutz: ‚die konservativen Weiber‘. Wenn man die Arbeiter so stellt, dass die Weiber es nach ihrem Bedarf bequem haben, so wird der Arbeiter sehr schwer für Agitation zugänglich sein“ (8).

Im Vergleich zur stürmischen Entwicklung in anderen Industriegebieten ging es in Bleiberg ruhig zu. Weit über 50 % der männlichen und fast 60 % der weiblichen Arbei-



Abb. 12: Bergmännisches Wohnen. Die Keusche beim Wuriänbründl (heute Haus Pewal) (Sammlung Stupnik).



Abb. 13: *Leben mit dem Bergbau: Kreuth bei Bleiberg mit der Klocker-Halde, ca. 1910 (Sammlung Stupnik).*

ter im Unternehmen waren verheiratet, und ein Drittel der Männer und 12 % der Frauen verfügten über ein Haus im Eigentum. Sie waren noch immer zu mehr als zwei Drittel Söhne oder Töchter von Knappen und gehörten zu drei Viertel (Männer) und zu über 90 % (Frauen) der einheimischen Bevölkerung an. Die Sozialsituation in der Bleiberger Region war daher für die damalige Zeit sehr stabil. 1913 beschäftigte die gesamte BBU fast 2.300 Menschen, wobei 1.059 in Bleiberg arbeiteten (Abb. 13).

Die Symbiose zwischen Unternehmen und Talschaft hatte auch ihre Schattenseiten. Aus den penibel geführten Statistiken des Werksarztes Maruschitz wissen wir, dass die Bevölkerung unter den epidemischen Krankheiten litt, von denen wiederum Kinder am meisten betroffen waren. Erwachsene und Kinder gleichermaßen starben an Lungenkrankheiten. Zwischen 1861 und 1875 fielen 100 Personen (d. s. 11 % der Todesfälle) Epidemien und zwischen 15 und 25 % Lungenkrankheiten zum Opfer. Der Grund für das Ausbreiten epidemischer Krankheiten waren wohl die beengten Wohnverhältnisse; verantwortlich für die Lungenkrankheiten war die Umweltvergiftung (9). Noch 1890 wurden täglich um die 400 Kilogramm reines Blei in die Luft geblasen. Die Gewässer waren nicht nur wegen der Verhüttung ökologisch tot: „Alle Aborte, Schwein-, Rind-, Schaf- und Ziegenställe“ – schrieb der Werksleiter Makuc an die BH Villach – „stehen unmittelbar am und auf dem Bache und verwandeln denselben in eine ganz unverwendbare Cloake“ (10).

6. Krisen und Auswege

Der Sprung ins 20. Jahrhundert gelang dem Unternehmen nicht nur, weil viel Kapital, Wissen und eigene technische Leistungen in der Bergbau investiert

wurden, sondern weil sich auch in Mieß/Mežica (heute Slowenien) ein zweiter großer Bergbaustandort etablierte, der Bleiberg in der Bleiproduktion bald überflügeln sollte. 1893 hatte einer der fähigsten Bergmänner des Unternehmens, Thomas Glantschnig, die großen Bleivorkommen in der Helena-Grube entdeckt. Er stellte sich bei der Suche ausdrücklich gegen die Anweisungen des Verwaltungsrates, der ihn sogar telegrafisch zur Aufgabe der Schurftätigkeit aufforderte, aber Glantschnig glaubte an die Ergiebigkeit der Grube. Für seine Hartnäckigkeit wurde er mit der Auffindung des sog. „Dreier-Erzuges“ belohnt, der die Ausgangsbasis für den Erzreichtum von Mieß bildete. Zwischen 1885 und 1900 wurde dort die Förderung verzehnfacht (Abb. 14).

Aber zunehmend bestimmten nicht mehr das wirtschaftliche Handeln, die Innovationsbereitschaft oder die Bonität der Lagerstätte die Entwicklung der BBU. Die BBU geriet immer mehr in das Spannungsfeld der Politik. Unmittelbar mit den Veränderungen der Nachkriegszeit verbunden waren die ökonomischen und sozialen Spannungen. Im kärntnerischen Mießtal gab es keine Volksabstimmung über den Verbleib bei Österreich oder die Zugehörigkeit zum SHS-Staat. Das Tal gehörte nach 1918 zu Jugoslawien. Die BBU musste, um den Nationalisierungsbestrebungen der Jugoslawen zu begegnen, für Mieß eine englische Scheingesellschaft errichten, die als Central European Mines (CEM) den Betrieb übernahm und die nicht immer wirksam unter der Kontrolle der BBU war.

Gleichzeitig hatten in Bleiberg die niedrigen Löhne mitverursacht, dass das Rationalisierungspotential nur mangelhaft ausgeschöpft wurde. Zu diesem Zeitpunkt steuerte das Unternehmen längst in die wirtschaftliche und



Abb. 14: *Die Aufbereitung in Žerjav/Scheriau bei Črna/Schwarzenbach, 1914 (KLA, BBU).*

die Gemeinde Bleiberg in die soziale Krise. Innere Gründe – mangelnde Rationalisierung und Flexibilität, ungenügende Modernisierung und Managementfehler – und äußere Gründe – es war die Zeit der Weltwirtschaftskrise – hatten die Schließung des Bergbaus zur Folge. Was niemand für möglich gehalten hatte, weil seit nahezu 700 Jahren der Bergbau ununterbrochen betrieben worden war, und was bisher nicht einmal der 30-jährige Krieg, Reformation und Gegenreformation, Franzosenzeit und Wirtschaftskrisen geschafft hatten, wurde im März 1931 zur traurigen Gewissheit. Obwohl sich eine breite politische Basis für das Offenhalten stark machte und bei Land und Staat intervenierte, war das Unternehmen in der Verfolgung seiner Interessen – diese hießen Zollpolitik und Lieferkontingente – nicht von der Schließung abzubringen.

Erstmals wurde für das Offenhalten die für die folgenden Jahrzehnte typische Argumentation bemüht: „Immense volkswirtschaftliche Interessen sprechen gegen die Stilllegung dieses für das Land Kärnten so lebenswichtigen Betriebes“ schrieben die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten in einer Petition an die Bundesregierung und „die ganzen Ortschaften des Tales“ seien „zum Absterben verurteilt“ (11). Von der Schließung waren alles in allem 2.000 Personen betroffen. Für die Menschen des Tales war die Schließung eine soziale Katastrophe (Abb. 15). Für die Marktgemeinde Bleiberg bedeutete sie den „völligen finanziellen Zusammenbruch, für die Umgebung, Land und Bund überaus großen, unersetzlichen Schaden, für die Bewohner aber bitterste Armut, ja Hungersnot und für den Ort selbst die Verödung“. Die Anteilnahme am Schicksal der Bleiberger war groß, ja es wurde in ganz Kärnten als wirtschaftliche und soziale Katastrophe empfunden (12).

Vor dieser Situation kapitulierte die Bundesregierung und war nun in Zollfragen und bei den Handelskontingenten zu Zugeständnissen bereit, zudem plagte diese



Abb. 15: Bleiberger Bergarbeiter beim Bau der Glocknerstraße. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung war für viele im Zuge der Schließung des Bergbaus 1931 entlassene Bergarbeiter die einzige Beschäftigungsmöglichkeit (Sammlung Stupnik).

Generation österreichischer Politiker die Angst vor der Rohstoffabhängigkeit vom Ausland. Für die nächsten Jahrzehnte sollten die Ereignisse der 1930er Jahre eine ernste Warnung sein. Vor diesem Hintergrund ist die künftige Haltung der österreichischen Politik gegenüber dem Unternehmen zu verstehen.

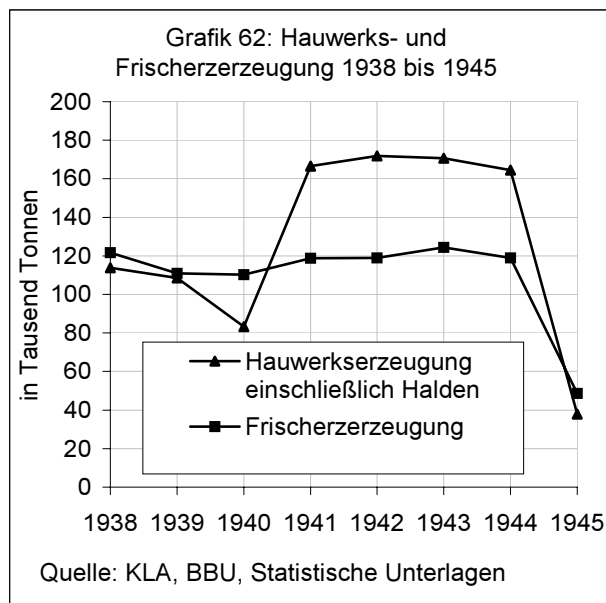
7. Vom Markt zum Plan, vom Plan in die Verstaatlichung

Die Schließung 1931 markierte einen entscheidenden Abschnitt in der Geschichte der BBU und das Ende der „liberalen“ Phase. Vor allem im Bereich des Bergbaus setzte sich immer mehr der Gedanke der staatlichen Stützung (aber unter Beibehaltung der privatrechtlichen Führung) durch. Die Rationalisierungsbestrebungen der 1930er Jahre waren zwar erfolgreich, aber sie machten auch eines deutlich: Ohne Hilfe des Staates konnte kein mitteleuropäischer Bergbau – zumindest was den Hoffnungsbau angeht – betrieben werden. Die stärksten Befürworter für die staatliche Stützung waren die Bergleute, allen voran Generaldirektor Gustav Heinisch und der Werksleiter in Bleiberg, Emil Tschernig.

Tatsächlich sollen bereits vor 1938 hinsichtlich einer eventuellen Eingliederung in den Vierjahresplan Kontakte zum Arbeitsstab von Hermann Göring bestanden haben, und Techniker der BBU waren mehrmals zu Gast in deutschen Werken (13). 1937 konnte ein Bleiberger Ingenieur Einsicht in den Vierjahresplan nehmen (14). Eine Eingliederung der BBU nach dem März 1938 in die „Reichswerke AG, Berg- und Hüttenbetriebe Hermann Göring“ unterblieb, angeblich auf Wunsch von Generaldirektor Heinisch (15). Hermann Göring besuchte im März 1938 Bleiberg.

Die Vorstellungen von Heinisch und Tschernig von der privatrechtlichen Führung und der staatlichen Stützung wurden 1938 im sog. Förderprämienverfahren, einem großzügigen Subventionssystem für den Bergbau und die Industrie im Deutschen Reich (16), nur teilweise verwirklicht. Das Unternehmen selbst wurde als Teil der Preußischen Bergwerks- und Hütten AG verstaatlicht. Die Einbindung in die Wirtschaft des deutschen Reiches brachte zwar eine Entlastung in der Kostenfrage, andererseits mussten viele neue Aufgaben – teils freiwillig, teils vom Reichswirtschaftsministerium aufgezwungen – übernommen werden. Die BBU betrieb nun die Bergbaue Bleiberg, Rubland auf der anderen Seite des Bleiberger Erzberges, Windisch Bleiberg, die Unterkärntner Bergbaue Petzen und Feistritz auf Blei und Zink, die Quecksilberbergbaue Buchholzgraben bei Stockenboi, Dellach im Drautal, die Bergbaue auf Antimon bei Rabant und im burgenländischen Schlaining. Im Zuge des Eroberungs-

feldzuges der Deutschen Wehrmacht am Balkan wurde der Bergbau Mieß wieder unter die direkte Verwaltung der BBU gestellt. Die BBU war nun ein internationaler Konzern, dem Betriebsstätten am gesamten Balkan angeschlossen waren und der 1943 3.504 Beschäftigte zählte.



Dem Unternehmen war daran gelegen, die Belegschaft in das nationalsozialistische Regime so reibungslos wie möglich einzugliedern. Dabei stand die Schaffung eines Gemeinschaftsgefühls im Vordergrund. Am 12. März 1938 dankte die Werksleitung in Bleiberg den Arbeitern, die „wie immer eine vorbildliche Ordnung und Disziplin“ gezeigt hatten, insbesondere „dank der Besonnenheit und dem ausgeprägten Pflichtbewußtsein der Führer in beiden Lagern“, also bei den Sozialisten und den Nationalen. Aus der Belegschaft wurde die „Gefolgschaft“, an die der Appell gerichtet wurde: „Stehet in Eintracht zusammen, dann kann der Erfolg nicht ausbleiben!“ (17). Auch Heinisch stellte in seinem Betriebsappell an die „Gefolgschaft“ die Volksgemeinschaft und – als Vertreter des Unternehmens – mehr „sozialistisches“ und weniger „nationales“ in den Vordergrund. Die Arbeit sei nicht mehr Gegenstand der Ausbeutung, sondern der „eigentliche Sinn und Zweck des Lebens, und der arbeitende Mensch ist der Mittelpunkt des Betriebes“; „Arbeit zum Wohl der Volksgemeinschaft soll Befriedigung und Glück bedeuten“ (18). Damit sich diese „Befriedigung über die Volksgemeinschaft“ auch einstellte, wurden in kürzester Zeit einige Verbesserungen durchgeführt. Analog den Bestimmungen in Deutschland wurden der 1. Jänner, der Ostermontag, der 1. Mai, der Pfingstmontag, der 25. und der 26. Dezember – also jene Feiertage, die auch heute noch gelten – zu bezahlten Feiertagen erklärt, außer wenn sie auf einen Sonntag fielen. Der nationalsozialistische „Vertrauensrat“ handelte mit dem „Betriebsführer“ weitere Änderungen im Lohnsystem und bei der sozialen Infrastruktur aus. Die Lohnsätze für besonders schwere Tätigkeiten wurden erhöht, der Sonn- und Feiertagsdienst im Schichtbetrieb besser entlohnt.

Insgesamt blieb die Entlohnung sowohl beim Bergbau als auch bei den Hütten und Fabriken hinter jenen im „Altreich“ zurück. Es war eine allgemeine Tendenz zur Nivellierung der Löhne durch die Anhebung der Niedriglöhne und die Kürzung der Höchstlöhne festzustellen. Im Dezember 1938 kam es zu einer durchschnittlich 15 %igen Lohnerhöhung. Dennoch verdiente ein Hauer in Bleiberg noch immer um 13 % weniger als sein Kollege im Bergwerk Friedrichsgrube des Mutterkonzerns Preußag (19). Die Lohnerhöhungen hatten auch einen weiteren Pferdefuß. Da sie an die Produktion gekoppelt waren, sanken die Löhne unter den schwierigen kriegsbedingten Verhältnissen im Laufe der Zeit.

Auch wenn die Löhne nicht den erhofften Sprung nach vorne machten und sich nur langsam dem deutschen Standard näherten, konnten durch die Investitionsmittel des Reichswirtschaftsministerium einige der wesentlichsten sozialen Versäumnisse des Unternehmens beseitigt werden. Am Grubenausgang wurden Waschgelegenheiten und zeitgemäße Toiletten geschaffen, die Werkswohnungen wurden modernisiert und mit besseren Heizungen ausgestattet und die Miete reduziert. Auch die privaten Sanitäreinrichtungen wurden verbessert und den Arbeitern der Besuch eines Bades ermöglicht. Für die Kultur- und Freizeitgestaltung wurde 1940 ein Gefolgschaftshaus errichtet (Abb. 16), in dem Musikabende, Volkstanz, Theater, Turnen und Sport ermöglicht wurden, „kurz alles, was der Heimatboden, was Bleiberg und Kreuth aus eigener seelischer Kraft und Kultur des Körpers schaffen kann, soll in der Freizeit gepflegt werden“. In Vorträgen, Konzerten und Theatervorführungen sollte das „Bleiberger Tal mit dem Kultur- und Geistesleben des deutschen Volkes“ in Verbindung treten, d. h. es wurde in „kameradschaftlicher Zusammenarbeit mit der Deutschen Arbeitsfront und den Gliederungen der Partei ein abwechslungsreiches Programm“ geboten. Der Belegschaft konnte die im sozialen Bereich platzgreifende Überhöhung der Leistungen des nationalsozialistischen Apparats egal sein, sie profitierte davon, auch wenn sie den Kontext, in dem dies geschah, nicht immer realisierte: „Dieses technische und soziale Werk, das wir in gemeinsamer Arbeit geschaffen haben, ist aus der Verpflichtung und Verantwortung erwachsen, die wir unserem Führer und der Volksgemeinschaft gegenüber empfinden. Mit Dank an alle Gefolgschaftsmitglieder richte ich gleichzeitig an Euch die Bitte, immer wieder Euer Gewissen zu erforschen und höchsten Einsatz auf dem uns zugewiesenen Arbeitsplatze zu leisten. Erneuern wir den Schwur, uns den schweren Aufgaben, die uns das Vaterland in dem großen Kriegsgeschehen als Kämpfer an der Heimatfront auferlegt, in williger und aufopferungsvoller Weise zu unterziehen. Wenn wir in diesem Sinne an uns und für unsere Betriebe arbeiten, dann können wir stark und hoffnungsfroh das Ende des Krieges erwarten und werden dann auch an den Früchten des Sieges teilhaben können“ (20). Das Gefolgschafts- oder Knappenhaus sollte diese Aktivitäten widerspiegeln. In dem Bau lassen sich durchaus nationalsozialistische Architekturmerkmale erkennen, wengleich dem Bau die Monumentalität der national-



Abb. 16: Kolorierter Entwurf für das Gefolgschafts- oder Knappenhaus in Bleiberg von Architekt Mayr (KLA, BBU, Kartenarchiv).

sozialistischen Architektur fehlt und es dem sozialen Kontext der Bergbaugegend angepasst erscheint. Was hier geschaffen wurde, war die Weiterentwicklung der Heimatschutzarchitektur. Das steile Dach, die Korbbögen über den Tiefgeschossfenstern und die Geradlinigkeit der anderen Fenster sind nationalsozialistische Baukultur. Turm und Arkadengang können schlossartig gedeutet werden und sollen Geborgenheit und Wehrhaftigkeit signalisieren.

8. Verstaatlichung, Volkswirtschaft und globaler Wettbewerb

Am Ende des Zweiten Weltkrieges gab es für die BBU keine „Stunde null“, wie für so viele andere schwer getroffene Industriebetriebe, vor allem in Ostösterreich. Von den Kriegshandlungen war das Unternehmen, abgesehen von den einzelnen Bombentreffern in Arnoldstein und in die Zentrale in Klagenfurt, wenig betroffen. Die Ausgangsposition für das Weiterbestehen des Betriebes war gut.

Die folgenden Jahrzehnte Geschichte der BBU sind ohne die Kenntnisse über die Zwischenkriegszeit, Anschluss und Kriegszeit nicht erklärbar. In der Wirtschaftspolitik, vor allem für die verstaatlichten Betriebe, vermischten sich die wirtschaftspolitischen Ansätze der vorhergehenden Perioden, aber auch die politischen Ansichten – etwa die Angst um die Lebensfähigkeit Österreichs, der Kampf um die Unabhängigkeit Österreichs als politisches und wirtschaftliches Problem und der Glaube an die Modernisierung und damit der Glaube an einzelne Leistungen der Wirtschaftspolitik des NS-Staates. 1945 waren die in der NS-Zeit geformten Strukturen verfestigt. Dazu kam nach 1955 die Neutralität auch als

wirtschaftspolitisches Argument. Der Wille zur Rohstoffunabhängigkeit Österreichs führte zum volkswirtschaftlich-politischen Denken über die Aufgaben der Industrie; der Modernisierungsgedanke ließ die Politik – und die ersten Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg dominierte die Politik die Wirtschaft – in großen Dimensionen denken. Österreich sollte endgültig ein Industriestaat werden. Zudem war man sich sicher, dass die überstandene Katastrophe der NS-Herrschaft etwas mit den sozialen Konflikten der Zwischenkriegszeit zu tun hatte. Daher war Wirtschaftspolitik lange Zeit auch Beschäftigungspolitik als eine Form des sozialen Ausgleichs.

Als Unternehmen mit einem deutschen Eigentümer (Preußag) gehörte die BBU ohnehin in den Kreis der von der Verstaatlichung betroffen gewesenen Unternehmen. Aber sie passte auch perfekt in dieses System österreichischer Wirtschaftspolitik. Sie war ein Rohstoffproduzent mit (noch) bescheidener Finalproduktion, der durch den Einstieg in die Weiterverarbeitung krisenunempfindlicher gemacht werden sollte. Noch dazu lag ein Teil der Betriebsanlagen in einem wirtschaftlichen Krisengebiet. Und erstmals in der Geschichte der BBU stand mit dem öffentlichen Verwalter und späteren Vorstandsvorsitzenden Reinfried Uchann kein Bergmann, sondern ein Chemiker an der Spitze des Unternehmens. Uchann war die treibende Persönlichkeit hinter der Erweiterung der Betriebsgeländes in Arnoldstein. Mit Hilfe des Marshall-Planes wurde nun die Lithoponefabrik auf das Doppelte vergrößert, eine Schwefelsäurefabrik errichtet, die Verhüttung für Blei-Altmaterial eingerichtet und der Bau der Zinkelektrolyse in Angriff genommen. Von 1948 bis 1955 glich das Werksgelände in Gailitz einer Groß- und Dauerbaustelle (Abb. 17). In



Abb. 17: Blick auf Kärntens größte Baustelle: Der Bau der Zinkelektrolyse in Arnoldstein (ca. 1953) (KLA, BBU).

den Zeitungen wurde Gailitz „als das werdende Industriezentrum unseres Landes“ bezeichnet (21).

Aber das größer gewordene Betriebsgelände in Arnoldstein – und damit kehren wir nach Bleiberg zurück – brauchte die Versorgung durch den Bergbau. Dieser und die Hütten und Fabriken ähnelten nun dem Fabeltier „Stoß mich – zieh mich“ aus einer Kindergeschichte. Jede Bewegung löste eine Bewegung des anderen Teils aus. Um die neue Zinkhütte mit Material zu versorgen, begann man im Bergbau ein großangelegtes Hoffnungsbauprogramm, das die grundlegende Modernisierung des Bergbaus und eine nie für möglich gehaltene Produktionssteigerung zur Folge hatte. Und um die Erze möglichst rationell zu verwerten, wurden die Kapazitäten der Zinkhütte erhöht.

Die BBU war wie die anderen verstaatlichten Unternehmen Österreichs in den ersten Jahren nach der Verstaatlichung eng an das Ministerium für Verkehr und Verstaatlichte Betriebe (das „Königreich Waldbrunner“, wie es nach dem zuständigen Minister Karl Waldbrunner genannt wurde) gebunden. Mit der Verstaatlichung entstand in Österreich zwar keine Planwirtschaft wie im Osten Europas. Dass damit aber ein größeres Maß an Wirtschaftsplanung einherging, kann man an den nun immer zahlreicher werdenden Wirtschaftsplänen in der BBU ablesen. Da wurde ein „6-Jahresplan für den Bergbau Bleiberg“ angefertigt und regelmäßig berichtet, ein „12-Jahresplan“ sollte die Einhaltung der Investitionspläne gewährleisten u. v. m. Vor allem im Hoffnungsbau ergaben sich die deutlichsten Übereinstimmungen zwischen staatlicher und betrieblicher Planwirtschaft. Auch die Lohnentwicklung wurde kollektiviert. Nicht mehr die betrieblichen Vereinbarungen, sondern die Situation in der gesamten verstaatlichten Industrie war maßgebend. In diesem Sinne kam es zur „Gleichschaltung“ bzw. Vernetzung der Unternehmen. Die Autonomie der einzelnen Betriebe wurde zugunsten der Gesamtwirtschaft herabgesetzt, die Konkurrenz zwischen den verstaatlichten Betrieben wurde kleiner.

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg hatte die BBU noch ein letztes Mal ihre Position als „umfassende Fürsorgerin“ entfaltet und die Bevölkerung mit Lebensmitteln versorgt. Danach erfolgte die Wende im Verhältnis zur Bevölkerung. Nicht mehr das Unternehmen an sich war der Fürsorger – es brauchte es wegen der sozialpolitischen Gesetzgebung nach dem Zweiten Weltkrieg auch nicht mehr zu sein –, sondern diese Funktion wurde an den Betriebsrat delegiert. Auch in einem anderen Bereich war es bereits früher zur Wende gekommen. Seit der Errichtung der freien Gemeinde Bleiberg im Jahr 1850 und seitdem es so etwas wie politische Partizipation im Bleiberger Tal gab, kamen die entscheidenden Persönlichkeiten aus dem Unterneh-

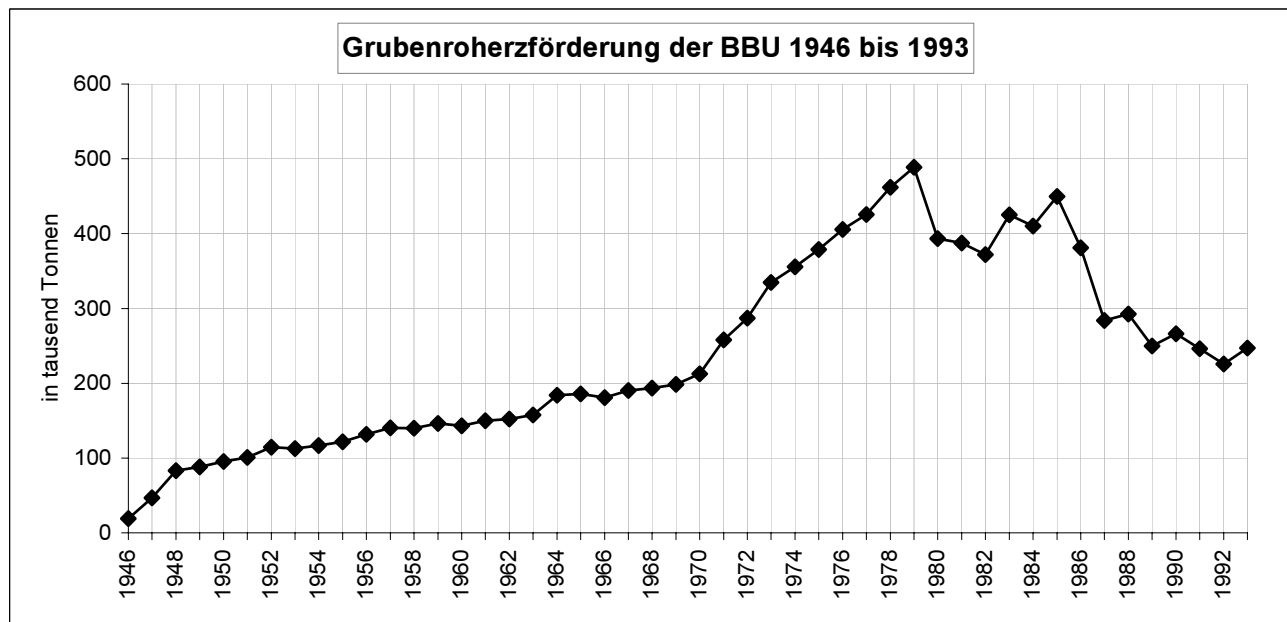
men oder waren selbst Unternehmer. Zum Beispiel war Werksleiter Edmund Makuc 22 Jahre lang Bürgermeister der Gemeinde Bleiberg und Markscheider Johann Mussnig wurde 15 Jahre mit dem Amt betraut. Die Ablöse der Gewerken oder Führungskräfte der BBU von der politischen Führung der Gemeinde durch den jeweiligen Betriebsratsobmann bildet den gesellschaftlichen und politischen Wandel in Österreich deutlicher ab als viele Statistiken zu diesem Thema.

Aber die Verbindung zwischen Unternehmen und Tal war längst brüchig geworden. Die Reduktion der Beschäftigtenzahl – 1950 arbeiteten im Bergbau 924 Menschen, 1960 904, 1970 waren es 577, 1980 nur noch 510 – war ein Grund, warum immer mehr Menschen das Tal verließen, und sie taten es auch schon, als von einer Krise der BBU noch längst keine Rede war. Arbeitsplätze sind ein wesentlicher Grund, weshalb Menschen in einer Region bleiben oder nicht. Aber sie wollen genauso am sozialen und kulturellen Prozess teilhaben, woanders oder einfach anders leben. Das Umfeld Bleibergs hatte sich geändert. Aus dem schwer zugänglichen Hochtal war eine an die moderne Infrastruktur angeschlossene Bergbaugemeinde geworden (**Abb. 18**). Was früher den Menschen nicht zumutbar war, nämlich das Auspendeln aus der Gemeinde, war längst zur Selbstverständlichkeit geworden. Nicht nur ehemalige Bergarbeiter wanderten ab, sondern Menschen aus allen Alters- und Berufsgruppen. Freilich war die Entwicklung im Bergbau nach wie vor ein Auslöser für Abwanderung, aber viele folgten bereits den besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen im Villacher Zentralraum, und vor allem die Jungen kehrten dem Bergbauberuf den Rücken. Durchschnittlich besser ausgebildet als ihre Eltern, suchten sie sich neue Möglichkeiten.

Zweifellos stellte man sich innerhalb der BBU dem globalen Wettbewerb. Und zweifellos tat man alles, um das Unternehmen so rationell wie möglich zu betreiben. In drei Investitionskampagnen – 1948, zwischen 1964 und 1968 sowie zwischen 1968 und 1973 – erhielt der Bergbau sein modernes Gesicht (**Abb. 19**).



Abb. 18: Kreuth in den 1960er Jahren (Sammlung Stupnik).



Die Förderung wurde stark gesteigert. Aber es gab zwei Grenzen der Rationalisierung: Die eine Grenze war beim Personal, die andere war die lange vermittelte „Ewigkeit“ des Abbaus und beide waren miteinander verflochten. Niemand in Bleiberg, aber auch innerhalb Kärntens und auch die damit befassten staatlichen Behörden konnten sich ein Leben im Bleiberger Tal nach dem Bergbau vorstellen. Zudem war die Doktrin von der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit des Abbaus von Rohstoffen im Inland zwar schon löchrig geworden, aber immer noch so strahlend, dass Bundeskanzler Kreisky 1982 „aus versorgungs- und neutralitätspolitischen Überlegungen“ den „Abbau der in Bleiberg gewinnbaren wichtigen Rohstoffe weiter für notwendig“ hielt (22). Zu diesem Zeitpunkt wurde aber die Schere aus Kosten und Erlöse immer größer.

9. Auflösung

1978 begannen mit der Verknappung der liquiden Mittel die Schwierigkeiten der BBU, die Mitte der 1980er Jahre fast zum Zusammenbruch führten und mit der Aufteilung des Unternehmens im Jahr 1989 endeten. Begleitet wurde die Krise von zahlreichen Kontroversen über die Sinnhaftigkeit des Bergbaus. Lange Zeit war dieser heftig kritisiert worden, umso stärker setzen sich die früheren Kritiker, als es ernst wurde, für den Weiterbestand ein. Es waren wohl die lange Phase des Übergangs und das Verantwortungsbewusstsein aller Beteiligten – Eigentümer, Unternehmensleitung, Belegschaft –, dass die soziale Krise weitgehend vermieden werden konnte. 1993 wurde der im Übrigen ausgeerzte Bergbau eingestellt.

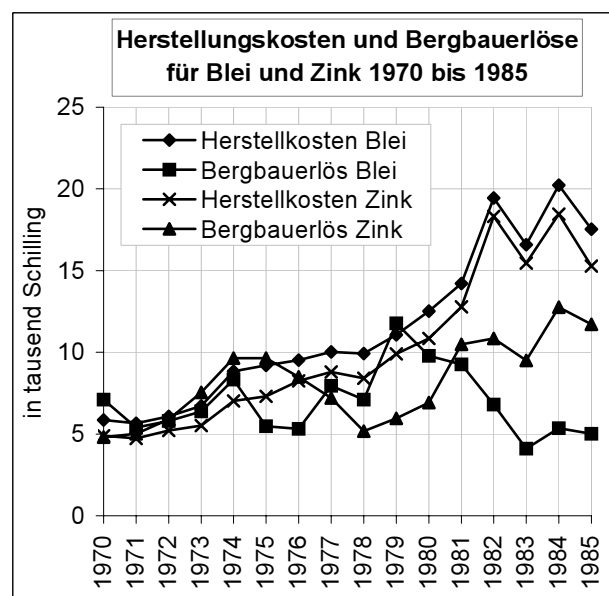


Abb. 19: Abbau-Dieselladegerät Eimco 912 mit 2 m³ Schaufel im Wendelbereich eines Großraumabbaues (Mitte der 1970er Jahre bis zum Ende des Bergbaubetriebes) (KLA, BBU).

Anmerkungen:

- (1) Überarbeitete und erweiterte Fassung eines Vortrages, gehalten bei der Montanhistorischen Fachtagung des Montanhistorischen Vereins Österreich und des Bergmännischen Kulturvereins Bad Bleiberg am 16. Oktober 2004, siehe auch Thomas Zelothe, Zwischen Staat und Markt. Geschichte der Bleiberg Bergwerks Union und ihrer Vorläuferbetriebe (= Das Kärntner Landesarchiv 29, Klagenfurt 2004).
- (2) Kärntner Landesarchiv (KLA), Archiv der Bleiberg Bergwerksunion (BBU), Bestand Wenger: Regesten zur Bergbaugeschichte von Bleiberg aus Klagenfurter und Wiener Archiven (Teil I), Schachtel 608.
- (3) Herbert Matis, Österreichs Wirtschaft 1848–1913. Konjunkturelle Dynamik und gesellschaftlicher Wandel im Zeitalter Franz Josefs I. (Berlin 1972), S. 172–175.
- (4) Stenographische Protokolle des Hauses der Abgeordneten des österreichischen Reichsrates, IV. Session (1867–1869), Bd. 4, S. 3857.
- (5) Personalakt Otto Neuburger, KLA, BBU, Materie 16 (Personalangelegenheiten), Zl. 72 (Sammelakt).
- (6) Verzeichnis der neuen Ortsgemeinden mit der Zuteilung in die Gerichts- und Steueramtsbezirke in dem Kronlande Kärnten (o. O., o. J.) [1849]; Alphabetisches Verzeichnis sämtlicher Orte im Herzogthume Kärnten (Klagenfurt 1860); Volkszählung 1981. Wohnbevölkerung nach Gemeinden mit der Bevölkerungsentwicklung seit 1869 (= Beiträge zur österreichischen Statistik 630/1A, Wien 1981).
- (7) Civilrealitäten-Pächter im Jahr 1894, Beilage zum Jahresbericht 1894, KLA, BBU, Zentralarchiv, Materie 6 (Bergbau und Hütten), Zl. 426.
- (8) Arbeiterhäuser Errichtung, Memorandum von P. Mühlbacher, 8. 5. 1878, KLA, BBU, Zentralarchiv, Materie 6 (Bergbau und Hütten), Zl. 196.
- (9) Mortalitätstabelle für die Jahre 1861–1875 in Bleiberg des Bergrevierarztes Dr. Franz Maruschitz, KLA, BBU, Zentralarchiv, Materie 11 (Arbeiter- und Beamtenversicherung), Zl. 185.
- (10) Recurs des Werksbevollmächtigten Edmund Makuc gegen die Entscheidung der Bezirkshauptmannschaft, KLA, BBU, Zentralarchiv, Materie 6 (Bergbau und Hütten), Zl. 394.
- (11) Antrag der Abgeordneten Svoboda, Pichler und Genossen des SD-Landtagsklubs, 25. 3. 1931, KLA, Präsidium, Schachtel 651, Akten Bleiberg Bergwerksunion, Betriebsschließung.
- (12) KLA, Präsidium, Schachtel 651, Akten Bleiberg Bergwerksunion, Betriebsschließung.
- (13) Jedes Jahr nach 1933 befand sich ein Techniker auf einer mehrwöchigen Studienreise in Deutschland. Vgl. KLA, BBU, Materie 6 (Bergbau und Hütten), Zl. 2136–2145. Heinisch selbst benützte eine Studienreise nach Deutschland im Jahr 1935, um „durch Einleitung von persönlichen Beziehungen zu namhaften Repräsentanten des deutschen Bergbaues und der Metallindustrie, den technischen Leitern der Betriebe [...] Einzelbesichtigungsmöglichkeiten auf deutschen Werken zu vermitteln“. Bericht über die Reise Heinisch nach Deutschland, September/Oktober 1935, KLA, BBU, Materie 6 (Bergbau und Hütten), Zl. 2139.
- (14) Bericht über die Studienreise im Deutschen Reich, 27. 5.–6. 6. 1937, von Ing. Moser, KLA, BBU, Materie 6 (Bergbau und Hütten), Zl. 2138.
- (15) Stefan Karner, Kärntens Wirtschaft 1938–1945. Unter besonderer Berücksichtigung der Rüstungsindustrie (= Wissenschaftliche Veröffentlichungen der Landeshauptstadt Klagenfurt 2, Klagenfurt 1976), S. 135, Interview mit Heinisch.
- (16) Besprechung Heinisch im Reichswirtschaftsministerium in Berlin, April 1938, KLA, BBU, Materie 6 (Bergbau und Hütten), Zl. 2128, Maßnahmen, die Betriebe der Bleiberg Bergwerks-Union im Allgemeinen betreffen.
- (17) Rundschreiben Werksleiter Tschernig, 12. 3. 1938, KLA, BBU, Materie 15 (Politische Behörden), Zl. 1972, Politische Mappe.
- (18) Arbeitskameraden! Betriebsführer und Gefolgschaft, Appell Heinisch, 30. 4. 1938, KLA, BBU, Materie 15 (Politische Behörden), Zl. 1972, Politische Mappe.
- (19) Lohnstatistik der Preußischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft, September 1938; Zusammenstellung der Verdienste bei der BBU, jeweils Barlöhne, d. h. tatsächliche Nettoverdienste, KLA, BBU, Materie 16 (Personalangelegenheiten), Zl. 2538, Lohn- und Personalangelegenheiten 1939.
- (20) Gefolgschaftshauserröffnung Bleiberg, Ansprache des Hauptbetriebsführers Heinisch, KLA, BBU, Materie 6 (Bergbau und Hütten), Zl. 2048, Bleiberg Betriebsappell am 27. Oktober 1940 anlässlich der Eröffnung der Bauaufgaben des Sofortprogramms 1938/1940.
- (21) Neue Zeit, 19. 9. 1948.
- (22) Kreisky an den Vorstand der ÖIAG, Grünwald, 7. 5. 1982, KLA, BBU, ÖIAG.

